Antrag öffentlich	Datum 25.02.2005	Nummer A0034/05
Absender **Oliver Müller, PDS-Fraktion im Magdeburger Stadtrat**		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Balzer		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 10.03.2005	
Kurztitel Gewalt an Magdeburger Schulen		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beauftragt den Oberbürgermeister anhand der aktuellen Kriminalitätsstatistik eine Übersicht zu geben, aus der nachvollziehbar hervorgeht, welche Schulen der LH Magdeburg demnach zu den gewalt- und konfliktbereiten Brennpunkten gehören. Diese ist in geeigneter Weise im Ausschuss für BSS und im Jugendhilfeausschuss darzustellen.

Ausgehend davon wird der OB ferner aufgefordert,

1. Handlungsstrategien zu entwickeln, die dazu beitragen, Gewaltdelikten jeglicher Art wirksamer zu begegnen und schon möglichst vorher durch noch intensivere Präventionsarbeit erst gar nicht entstehen lassen und dazu

2. eine zeitweilige Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aus unterschiedlichen Bereichen wie Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Polizeidirektion, Jugendforum, Stadtschülerrat, Stadtelternrat, Lehrervertretungen (GEW ?), SchulsozialarbeiterInnen, sozialpädagogischen (Konflikt-)Beratungsstellen etc. einzurichten, die sich mit der Schaffung und Ausgestaltung von optimalen Rahmenbedingungen für den Sozialraum Schule befasst und sich somit nachhaltig und zielgenau für eine zeitnahe Reduzierung von Straftaten einsetzt;

3. des Weiteren zu prüfen, inwieweit professionelle Unterstützung auch seitens der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) zu gewinnen ist bzw.

4. mit Blick auf die Stadt Halle und dortiger (Wissenschafts-)Kompetenzen auf dem Gebiet der Schulsozialarbeit Möglichkeiten einer punktuellen überregionalen Zusammenarbeit auszuloten, um Erfahrungen auszutauschen und unter Nutzung von Synergieeffekten deren praktische Umsetzung vorzubereiten und somit auch voneinander zu lernen.

Schließlich wird der OB gebeten, die Landesregierung von Sachsen-Anhalt vor dem Hintergrund der auch landesweit brisanten Ergebnisse der aktuellen Kriminalitätsstatistik für den Bereich Schule ausdrücklich nachzusuchen, das als erfolgreich geltende und bundesweit Modellcharakter bewiesene – aber von der Landesregierung 2003 ersatzlos gestrichene – Programm zur Schulsozialarbeit wiederaufzulegen.

Ich bitte um Überweisung des Antrages in die Ausschüsse für Bildung, Schule, Sport und den Jugendhilfeausschuss sowie den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten.

Begründung:

Mit großer Sorge habe ich die Veröffentlichung der aktuellen Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2004 zur Kenntnis genommen, die deutlich macht, dass die Anzahl aller im Bereich Schule relevanten Straftatbestände rapide gestiegen ist. Um fast zehn Prozent stieg die Zahl von Erpressungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Sexualstraftaten. Dabei wiegt die Zunahme der Gewaltdelikte um 76 gegenüber 2003 auf 191 (2004) besonders schwer und erfordert zügiges Handeln und Gegensteuern. Hierfür erscheint es notwendig, möglichst alle am Bedingungsgefüge Schule beteiligten Akteure zusammenzubringen, um konstruktiv nach Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten zu suchen und deren Umsetzung auch kritisch-evaluativ zu begleiten. Schule als Lernort und Sozialraum darf nicht zunehmend zu einem unkalkulierbaren Gefahrenpotential für SchülerInnen und LehrerInnen verkommmen. Wie wichtig lernfördernde Rahmenbedingungen und Sozialstrukturen sind, haben nichtzuletzt die PISA-Studien nun bereits mehrfach bewiesen.

Gewiss, Gewalt hat viele Ursachen, viele, die zumeist auch außerhalb der Schule liegen. Gewalt verherrlichende Filme und Computerspiele mögen mit dazu beitragen. Doch Kinder erleben mitunter auch Gewalt in der Familie und sehen, wie selbst Erwachsene Konflikte mittels Gewalt austragen.

Statistiken sind zweifellos notwendig, sind doch nur die eine Seite der Medaille. Die Arbeit darf nicht beim Erstellen der Tabellen und dem Zurkenntnisnehmen der Resultate aufhören, sondern muss hier ansetzen. Politik, Eltern und Lehrer sind gefordert zu handeln.

Oliver Müller
Stellv. Fraktionsvorsitzender